

Jemenitische Neu-Justierungen

Kann Joe Biden eine neue Balance zwischen Saudi-Arabien und dem Iran finden? | Von Wolfgang Günter Lerch

Wird der mörderische Bruderkampf im Jemen bald ein Ende finden? Der dort zwischen dem sunnitischen Saudi-Arabien und dem schiitischen Iran tobende Stellvertreterkrieg hat große Teile dieses arabischen Landes zerstört, zehntausende Jemeniten zu Flüchtlingen im eigenen Land gemacht oder ins Ausland getrieben und die Wirtschaft zerrüttet. Ähnlichkeiten mit Syrien sind mit Händen zu greifen. Und der jüngste Angriff der Houthis auf den saudischen Flughafen von Abha macht wieder einmal deutlich, welche Stufe der Eskalation dieser Konflikt erreicht hat.

Es wird – sollte es überhaupt zu einer Befriedung kommen – viele Jahre dauern, bis all die Wunden geheilt sind, die sich das Land selbst geschlagen hat – unter kräftiger Mithilfe auswärtiger Mächte allerdings. Was vor Jahren als interne Auseinandersetzung zwischen dem schiitischen Houthi-Rebellen im Norden des Landes und der Zentralregierung in Sanaa begonnen hatte, wuchs sich zu einem handfesten Bürgerkrieg aus, der – wie auch die kriegerischen Ereignisse in Syrien – immer stärker die Nachbarländer involvierte, vor allem die beiden miteinander rivalisierenden Regime in Riad und Teheran. Seit vielen Jahrzehnten schon kämpfen beide um die Vorherrschaft am Golf. Doch auch die Großmächte waren und sind betroffen, Amerika jedoch weitaus stärker als Russland, das sich ganz auf Syrien als seinen wichtigsten Verbündeten konzentriert hat.

Der neue amerikanische Präsident Joe Biden hat in den wenigen Tagen seiner Amtszeit schon manches zum Besseren gewendet, was sein irrlichternder Vorgänger Donald Trump angerichtet hatte. So keimen auch Hoffnungen für die Jemen-Krise auf, denn Biden hat distanzierende Worte gegenüber Saudi-Arabien, dem wichtigsten Verbündeten in der Region, gesprochen. Gleichzeitig hat er deutlich gemacht, dass er auch im Hinblick auf die Islamische Republik Iran einen anderen Kurs einschlagen will als sein Vorgänger. Der hatte das Atom-Abkommen mit den Mullahs brüsk aufgekündigt, damit eines der wichtigsten multilateralen Abkommen der jüngsten Zeit überhaupt torpediert und neues Öl ins Feuer gegossen.

Trumps demonstrative, bedingungslose Unterstützung der saudischen Monarchie hatte, im Verein mit der einseitigen Aufkündigung des Nuklear-Deals mit Iran, den jemenitischen Bürgerkrieg weiter eskalieren lassen. Und zwar auf beiden Seiten: in Riad wie in Teheran. Die letzten Hemmungen, sofern welche vorhanden, waren gefallen.

Freilich: Mehr als Hoffnungen sind es einstweilen nicht, die durch Bidens „Kurswechsel“ gegenüber den beiden mächtigsten Protagonisten geweckt werden. Viel wird davon abhängen, wie das Mullah-Regime auf Bidens Entgegenkommen reagiert. Teheran möchte die Sanktionen vom Tisch haben. Sollte zumindest der Stand eines Status quo ante, das heißt zum Zeitpunkt des verbindlichen, auch von den Europäern begrüßten Atom-Abkommens, wieder erreicht werden, könnte Washington seine Mahnungen an Riad mit sehr viel besseren Argumenten begründen.

Denn nichts fürchtet man nach wie vor in Saudi-Arabien wie in den übrigen arabischen Kleinstaaten am Golf mehr als das durch Irans Regime radikalisierte Schiitentum, mag dies auch etwas in die Jahre gekommen sein.

Im Osten Saudi-Arabiens, wo das saudische Erdöl gefördert wird, lebt eine nicht unbedeutende schiitische Minderheit, deren Loyalität sich das saudische Königshaus schon immer sichern musste. Im kleinen Golfstaat Bahrain machen die Schiiten etwa 70 Prozent der Bevölkerung aus. In den Anfängen des – inzwischen gescheiterten – arabischen Frühlings begehrten sie so sehr auf, dass ein Umsturz mit saudischer Hilfe gerade noch abgewendet werden konnte; und auch die übrigen Golf-Anrainer beobachten mit Argusaugen, was in Teheran geschieht. Irans massives Engagement zugunsten der Houthi-Rebellen im Jemen ist von Saudi-Arabien immer als eine schiitische Umklammerung oder Einkreisung empfunden worden, als Bedrohung seiner südwestlichen, am Roten Meer gelegenen Flanke.



Ausgleichend: Joe Biden

Aus demselben Grund hatten die Herrscher in Riad schon in den 1960er-Jahren die konservativen Stämme des Jemen gegen die vom damaligen ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser gesponserten „revolutionären“ Kräfte unterstützt. Und nicht vergessen hat man, dass es „Kämpfer“ auch jemenitische Herkunft waren, die 1979 vorübergehend die Große Moschee in Mekka, das wichtigste Heiligtum des Islam, besetzten. Im Jemen begriff Riad sich aus seiner Sicht immer als „Ordnungsmacht“.

Auch unter Präsident Biden wird Saudi-Arabien der mit Abstand wichtigste Verbündete in der Region bleiben. Nicht allein des Erdöls wegen, sondern vor allem aus geostrategischen Gründen.

Als Hüter der heiligen Stätten des Islams, Mekka und Medina, kommt dem wahhabitischen Königreich zudem eine kaum zu überschätzende religiöse Bedeutung für den gesamten Welt-Islam zu – ungeachtet seines undemokratischen Charakters und der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen, die dort zu beklagen sind. Doch eine „Implosion“ des wahhabitischen Königreiches in einer Region, deren Staaten – sieht man einmal von Jordanien und den prosperierenden Kleinstaaten am Golf ab – bereits von innerem Zerfall bedroht sind, wäre eine Katastrophe.

Im Rahmen einer Neu-Justierung der Außenpolitik ist Amerikas Diplomatie nun gefragt, gegenüber Iran ebenso wie gegenüber Saudi-Arabien, wo es gilt, den dort nur ganz zaghaft aufkeimenden Prozess einer inneren Öffnung geschickt zu unterstützen. Biden muss Riad davon überzeugen, dass ein Ende des Jemen-Krieges und ein dauerhafter Friede im Verbund mit weiteren Öffnungen der eigenen Gesellschaft, wie der umstrittene Kronprinz Mohammad Bin Salman sie immerhin betreibt, mehr zur Stabilität des Landes beitragen wird als unentwegte und überbordende Waffenlieferungen. Ähnliches gilt gegenüber Iran. Da muss Washington Trumps extrem rigide Haltung überdenken, auch wenn das manche in Israel und anderswo anders sehen.



WOLFGANG GÜNTER LERCH

war mehr als drei Jahrzehnte lang Redakteur und Reisekorrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* für Nordafrika und den Vorderen Orient. Zuletzt erschienen „Mein Orient. Begegnungen mit Morgen- und Abendländern“ und „Begegnungen mit der Türkei. Geschichte, Kultur, Politik. Fünf Jahrzehnte zwischen Bosphorus und Ararat“, jeweils bei Frank & Timme.

Wumms verpufft

Person, Partei und Programm ohne Power: Die große Malaise der SPD | Von Albrecht von Lucke

Es ist schier zum Verzweifeln: Was die SPD mit Blick auf die kommende Bundestagswahl auch versucht, es scheint alles vergebens. Obgleich sie durchaus starke sozialdemokratische Akzente in der Großen Koalition setzt, profitierte die Partei nie von den guten Werten für die „Corona-Performance“ der Regierung. Krisengewinnler ist allein die Union. Dagegen scheinen die 15 Prozent der SPD wie festbetonierte.

Daran konnte auch die Nominierung von Olaf Scholz nichts ändern, im Gegenteil: Seine Kanzlerkandidatur verpuffte ohne jede Wirkung. Und zwar aus einem entscheidenden Grund: Der SPD des Jahres 2021 fehlt die für jeden Wahlkampf entscheidende „Trinität“ – die Übereinstimmung von Person, Partei und Programm. Von Überzeugungskraft dieser drei Faktoren kann keine Rede sein.

Olaf Scholz rangiert in den Umfragen nach dem beliebtesten Politiker zwar stets weit oben. Das aber schlägt sich keineswegs in Stimmen für die SPD nieder. Mit seinem „Wumms“-Paket (O-Ton Scholz) – dem von ihm vorgestellten 130-Milliarden-Konjunkturprogramm – wird der Vize-Kanzler zwar als wichtiger Mann der GroKo wahrgenommen, nicht aber als der maßgebliche Repräsentant seiner Partei. Schließlich ist Scholz in der Auseinandersetzung um den Parteivorsitz krachend gescheitert. Und so sehr sich die Partei auch bemüht: Sie erscheint bis heute nicht harmonisch passend zum Kandidaten Scholz.



Ausweichend: Olaf Scholz

Diese Dissonanz zwischen Person und Partei wird noch durch die fehlende Übereinstimmung von Kandidat und Programm übertroffen. Denn seit dem Wahlsieg von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans betreibt die Partei gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich einen klaren Linkskurs – sei es bei der Inneren Sicherheit durch Eskens pauschal daherkommende Polizeikritik oder in der Verteidigungspolitik mit der Verweigerung von Kampfdröhnen für die Bundeswehr. Damit mag man auf eine eher linke Wählerschaft und eine rot-rot-grüne Koalition schießen, zum konservativen Kandidaten Scholz passt auch das nicht. Und wie ausgerechnet der hanseatische Technokrat diese linken Positionen glaubhaft oder gar begeisternd verkörpern soll, verlangt noch immer sehr viel Phantasie.

Diese Zweifel hat auch der digitale Wahlkampfauftakt am vergangenen Sonntag eher verstärkt als ausgeräumt. Scholz bekräftigte dort seinen Regierungsanspruch und präsentierte seine vier „Zukunftsmissionen“: Klimaneutralität bis 2050, mo-

derne Mobilität, digitale Souveränität (Deutschland als Gigabit-Gesellschaft) und Weltspitze in der Gesundheitswirtschaft (Deutschland als Apotheke der Welt). Das Problem dabei: Wie sehr sich die SPD auch grün-fortschrittlich präsentiert, wird sie damit doch kaum einen Blumentopf gewinnen. Ökologie ist der Markenkern der Grünen. Die SPD dagegen, und das ist ihr vielleicht größtes Problem, verfügt heute über kein solches Alleinstellungsmerkmal mehr. Denn das Soziale wird ihr längst nicht nur von der Linkspartei, sondern auch von den Grünen streitig gemacht, von der Merkel-Union ganz zu schweigen.

Was die SPD dagegen immer ausgezeichnet hat, gerade im Gegensatz zur Linkspartei, war die Bereitschaft, auch Verantwortung in der Regierung zu übernehmen. Doch damit ist es nach bald 19 Jahren an der Regierung (von den vergangenen 23) auch nicht mehr weit her. Angesichts immer weiter schrumpfender Ergebnisse ist der Wille zum Regieren an der Seite oder genauer: unter der Union offensichtlich verbraucht. Doch eine andere Koalitionsperspektive ist bis heute nicht in Sicht. So sehr man auch eine Ampel oder gar Rot-Grün-Rot ins Spiel zu bringen versucht: Beides erscheint weder arithmetisch wahrscheinlich noch sonderlich attraktiv.

Und so wirkt am Ende auch die Wahlkampf-Rhetorik alles andere als überzeugend. Während Scholz unverdrossen „Ich spiele auf Sieg“ tönt, heißt es bei Mützenich schon: „Wir sind noch auf dem Platz.“ Lobenswerter Realismus liegt dort nahe beim Defätismus. Offenbar um sich selbst Mut zu machen, versucht es der Fraktionschef denn auch prompt mit dem Pfeifen im Walde: „Laschet hat Angst. Wir haben Olaf Scholz“, verbreitet er die Hoffnung, dass der blasse NRW-Chef einen schlagbaren Gegner abgeben könnte.

Allerdings könnten auch diese Blütenträume schon bald zerfliegen, nämlich am 14. März. Dann dürfte die Vorentscheidung fallen – über die Unionskanzlerschaft, aber auch über die Chancen der SPD. Denn in Rheinland-Pfalz geht es nicht nur um die Titelverteidigung für Malu Dreyer, sondern auch um die einzige Siegchance der SPD vor der Bundestagswahl. Vernichtete Wahlausgänge in Baden-Württemberg (ebenfalls am 14. März) und in Sachsen-Anhalt (am 6. Juni) sind bereits fest eingeplant. Verliert Dreyer gegen den CDU-Kandidaten Christian Baldauf, wäre das der GAU für die SPD – und zugleich ein immens wichtiger Erfolg für den neuen CDU-Chef Laschet.

Gewinnt Dreyer allerdings gegen den blassen Baldauf, wofür momentan sehr vieles spricht, denn sieht es mit der Laschet verdammst düster aus. Denn zusammen mit der absehbar klaren Niederlage der CDU-Kandidatin Susanne Eisenmann gegen Winfried Kretschmann wäre das schon die zweite schwere Schlappe für den CDU-Chef – und eine Steilvorlage für Markus Söder. Sehr viel spräche dann für die Kanzlerkandidatur des Franken. Der aber ist nicht nur um einiges beliebter als Scholz, sondern auch weit attraktiver als Laschet – gerade auch im sozialdemokratischen Milieu. Am Ende vom Lied bleibt somit wieder nur der gleiche Refrain: Was auch immer die SPD in diesem Jahr versucht, es scheint alles vergebens.



ALBRECHT VON LUCKE

ist Jurist und Politikwissenschaftler. Er arbeitet als Publizist und Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. 2016 erschien sein jüngstes Buch: *Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken*.

Lesen Sie mehr vom *Hauptstadtbrief* – diese Woche:

DER HAUPTSTADTBRIEF

Tigerauge – in Mecklenburg-Vorpommern trotz Manuela Schwesig der sozialdemokratischen Selbstverachtung. Ist sie die Hoffnung der Partei für Berlin? **Max-Stefan Koslik** berichtet aus Schwerin. *Konzeptionelle Leere* – **Henning Hoff** über die außenpolitische Planlosigkeit in Berlin. Und: **Inge Klopfer** in ihrer Kolumne *Auf den zweiten Blick* über die zweifelhaften Tweets der Börseninfluencer. www.derhauptstadtbrief.de.

AUS DEM BANNASKREIS
Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des *Hauptstadtbriefs*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Gewesen

Wie einst Ikarus war er der Sonne nahe. Einem wohlhabenden fränkischen Adelsgeschlecht entstammend. Der Großvater gleichen Namens war Parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Bundeskanzleramt gewesen, der Vater Dirigent. Mit Anfang 30 in den Bundestag gewählt, außenpolitisch ambitioniert, CSU-Generalsekretär, 2009 zum bis dahin jüngsten Wirtschaftsminister ernannt, danach Bundesminister der Verteidigung. Promotion mit „summa cum laude“. Selbst Neider (er sei im Smoking aufgewachsen) und Kritiker (er hänge die Fahne nach dem Wind) gaben sich sicher: Karl-Theodor zu Guttenberg wird CSU-Vorsitzender und vielleicht Nachfolger der Bundeskanzlerin. KT – so das Kürzel – war Lieblingsobjekt der Medien, Regenbogenpresse inbegriffen. Er war Projektionsfläche und Traum von Mühseligen und Beladenen, die sich solch einen Typ in der Politik wünschten: Gebildet, reich, weltgewandt.

Dienstag vor zehn Jahren begann ein Absturz, wie ihn die Bundesrepublik Deutschland noch nicht erlebt hatte. Am 16. Februar 2011 wurde publik, Guttenberg habe bei seiner Doktorarbeit mehr als gemogelt. „Plagiat“ kam in den allgemeinen Sprachgebrauch. Zwei Wochen lang wurde die Sache durchgewälzt, monothematisch in Talkshows und sogar im Feuilleton. Eine Kabinettskollegin schämte sich „nicht nur heimlich“. Es reichte nicht, dass er erst „vorläufig“ und dann ganz auf den Dokortitel verzichtete. Das Strahlen verblieb und der Nimbus auch. Am 1. März trat KT zurück und verließ die Politik. Weil der Schein einer Lichtgestalt getrogen hatte, zeitigte der Absturz Folgen über ihn hinaus. Minder schwere Plagiatsfälle rissen Berufskolleginnen Guttenbergs in den Abgrund. Andere zappeln noch. Nicht mehr Glamour im Erscheinen war gefragt, sondern Biederkeit im Auftreten. Anforderungen an die Integrität der politischen Akteure, was sich gehöre und was nicht, wurden in Medien und Parteien geschärft – bis hin zur Gnadenlosigkeit. Christian Wulff hat es als Bundespräsident erlebt und Peer Steinbrück als SPD-Kanzlerkandidat. Auch das Ansehen Angela Merkels hat damit zu tun. Sogar die innerparteilichen Niederlagen von Friedrich Merz? Unbeantwortet bleibt die Frage, ob Markus Söder heute CSU-Chef, Ministerpräsident und potentieller Kanzlerkandidat wäre, wenn es Guttenbergs Fall nicht gegeben hätte. Aufzuräumen ist mit einer Legende: Nicht Merkel hat die Wehrpflicht abgeschafft. KT ist es gewesen.